

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 1025

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/2813

Wirkungen und Aktualität der Rasseliste gefährlicher Hunde

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Mehr als 126.000 anzeige- und kennzeichnungspflichtige Hunde wurden im Jahr 2017 in Brandenburg gehalten. Die Hundehalter-Verordnung gibt hierbei Haltern „gefährlicher Hunde“ engmaschige Regelungen vor. So sind die Halter unter anderem dazu verpflichtet, ihre Vierbeiner außerhalb ihres umfriedeten Grundstückes kontinuierlich an der Leine zu führen sowie ihnen zusätzlich einen Maulkorb anzulegen. Diese Regelungen gelten nicht nur für auffällige Tiere, sondern zudem grundsätzlich für alle sogenannten „Listenhunde“, Vertreter der Rassen American Pitbull Terrier, American Staffords-hire Terrier, Bullterrier, Staffordshire Bullterrier und Tosa Inu.

Frage 1: Wie viele sogenannte „Listenhunde“ lebten 2019 und 2020 in Brandenburg?

a) Wie viele dieser Tiere befanden sich in Besitz von Privatpersonen?

b) Wie viele lebten in Tierheimen?

zu Frage 1: Für die Umsetzung der Hundehalterverordnung des Landes Brandenburg (HundeHv) sind die örtlichen Ordnungsbehörden des Landes Brandenburg im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Gefahrenabwehr gemäß § 5 Absatz 1 des Ordnungsbehördengesetzes zuständig. Für das Land Brandenburg wurden durch die örtlichen Ordnungsbehörden für 2019 insgesamt 20 unwiderleglich gefährliche Hunde (sog. Liste 1) gemäß § 8 Absatz 2 der Hundehalterverordnung und 4 761 widerleglich gefährliche Hunde gemäß § 8 Absatz 3 der Hundehalterverordnung (sog. Liste 2) gemeldet. Die Zahlenangaben für das Jahr 2020 liegen derzeit noch nicht vor. Zur Beantwortung der Fragen 1 a) und b) liegen der Landesregierung keine Zahlenangaben vor.

Frage 2: Welchen prozentualen Anteil machten Listenhunde im Jahr 2003 und welchen Anteil machen sie aktuell in Brandenburger Tierheimen aus?

Frage 3: Wie viele Listenhunde wurden in den Jahren 2003, 2018, 2019 und 2020 aus Brandenburger Tierheimen vermittelt?

zu den Fragen 2 und 3: Hierzu liegen der Landesregierung keine Zahlenangaben vor.

Frage 4: Wie viele Beißvorfälle zwischen Hunden wurden in den Jahren 2019 und 2020 in Brandenburg dokumentiert? In wie viele davon waren Listenhunde involviert? Bitte die Werte für die einzelnen Jahre angeben.

zu Frage 4: Im Jahr 2019 wurden durch die örtlichen Ordnungsbehörden insgesamt 515 Beißvorfälle gemeldet. Daran waren 46 sog. Listenhunde beteiligt. Die Zahlenangaben für das Jahr 2020 liegen derzeit noch nicht vor.

Frage 5: Wie viele Angriffe auf Menschen durch Hunde wurden 2019 und 2020 in Brandenburg verzeichnet? Wie viele davon sind auf Listenhunde zurückzuführen? Bitte die Werte für die einzelnen Jahre angeben.

zu Frage 5: Im Jahr 2019 wurden 276 Menschen durch Hunde verletzt; davon 23 durch sog. Listenhunde. Die Zahlenangaben für das Jahr 2020 liegen derzeit noch nicht vor.

Frage 6: Wie viele Hunde sind 2019 und 2020 in Brandenburg durch Angriffe auf andere Hunde oder Menschen auffällig geworden? Wie viele der Tiere waren Listenhunde? Bitte die Werte für die einzelnen Jahre angeben.

zu Frage 6: Im Jahr 2019 wurden durch die örtlichen Ordnungsbehörden insgesamt 515 Angriffe auf andere Hunde oder Menschen gemeldet. Daran waren 46 sog. Listenhunde beteiligt. Die Zahlenangaben für das Jahr 2020 liegen derzeit noch nicht vor.

Frage 7: Wie hat sich die Vorfalshäufigkeit mit der Einführung der Rasseliste im Jahr 2004 geändert?

zu Frage 7: Die bekanntgewordenen Beißvorfälle sind seit 2004 zurückgegangen und haben sich bis 2019 wie folgt entwickelt:

Jahr	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Bisse	797	727	646	713	530	523	486	604	593	583	564	572	557	500	534	515

Frage 8: Wie viele Listenhunde i.S.v. § 8 Hundehalter-Verordnung trugen in den Jahren 2018, 2019 und 2020 eine rote Plakette gemäß § 2 Abs. 3 und für wie viele Listenhunde wurde nach Erteilung eines Negativzeugnisses in diesen Jahren eine grüne Plakette ausgegeben?

zu Frage 8: Für die Umsetzung der Hundehalterverordnung sind die örtlichen Ordnungsbehörden des Landes Brandenburg im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Gefahrenabwehr gemäß § 5 Absatz 1 des Ordnungsbehördengesetzes zuständig. Der Landesregierung stehen deshalb keine Zahlenangaben über die Ausgabe von Plaketten zur Verfügung.

Frage 9: Welche Lockerungen der Kampfhundeverordnung werden Tieren mit einer grünen Plakette zuteil?

zu Frage 9: Bei Hunden mit einer grünen Plakette handelt es sich um widerleglich gefährliche Hunde gemäß § 8 Absatz 3 der Hundehalterverordnung (sog. Liste 2), für die ein Negativzeugnis erteilt wurde. Gemäß § 8 Absatz 3 der Hundehalterverordnung ist bei Hunden dieser Rassen oder Gruppen sowie deren Kreuzungen untereinander oder mit anderen Hunden von der Eigenschaft eines gefährlichen Hundes auf Grund rassespezifischer Merkmale oder Zucht auszugehen, solange der Hundehalter nicht im Einzelfall der örtlichen Ordnungsbehörde nachgewiesen hat, dass der Hund keine gesteigerte Kampfbereitschaft, Angriffslust, Schärfe oder eine andere in ihrer Wirkung vergleichbare Eigenschaft gegenüber Mensch oder Tier aufweist. Wurde diese Eigenschaft durch ein Negativattest nachgewiesen, erhält er von der örtlichen Ordnungsbehörde ein Negativzeugnis.

Diese Hunde können dann gehalten werden wie jeder andere Hund.

Frage 10: Welche Voraussetzungen müssen Besitzer eines Listenhundes erfüllen? Müssen Besitzer solcher Tiere über einen Sachkundenachweis verfügen?

Frage 11: Welchen Auflagen unterliegt die Haltung von Hunden „gefährlicher“ Rassen? Sind Besitzer solcher Tiere verpflichtet, mit ihren Hunden eine Hundeschule zu besuchen?

zu den Fragen 10 und 11: Die Hundehalterverordnung unterscheidet Hundehalter und -führer.

Über nachfolgende Voraussetzungen muss der Halter bzw. Führer eines gefährlichen Hundes verfügen bzw. es müssen Auflagen erfüllt werden.

Gemäß § 10 der Hundehalterverordnung gilt: Wer einen gefährlichen Hund ausbilden, abrichten oder mit Ausnahme der Hunde im Sinne des § 8 Absatz 2 der Hundehalterverordnung halten will, bedarf der Erlaubnis der örtlichen Ordnungsbehörde. Die Erlaubnis darf nur unter den Voraussetzungen des § 10 Absatz 2 der Hundehalterverordnung erteilt werden. Sie kann gemäß Absatz 3 befristet und unter dem Vorbehalt des Widerrufs erteilt sowie mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden. Die Erlaubnis zum Halten ist mit der Auflage zu versehen, den Hund dauerhaft mit Hilfe eines Mikrochip-Transponders gemäß ISO-Standard zu kennzeichnen; darüber hinaus soll die Auflage erteilt werden, den Hund zu kastrieren oder zu sterilisieren.

Gefährliche Hunde dürfen gemäß § 2 der Hundehalterverordnung nur von Personen geführt werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, die erforderliche Zuverlässigkeit besitzen und den Nachweis der erforderlichen Sachkunde besitzen. Ein gefährlicher Hund darf nicht gleichzeitig mit einem oder mehreren anderen Hunden geführt werden. Gefährliche Hunde, die im Land Brandenburg gehalten werden, haben darüber hinaus am Halsband eine rote Plakette deutlich sichtbar zu tragen. Hunde im Sinne des § 8 Absatz 3 der Hundehalterverordnung, für die ein Negativzeugnis erteilt wurde, haben eine grüne Plakette deutlich sichtbar am Halsband zu tragen. Der Führer eines gefährlichen Hundes hat die Erlaubnis nach § 10 der Hundehalterverordnung außerhalb des befriedeten Besitztums mitzuführen und auf Verlangen den zuständigen Behörden auszuhändigen. Der Führer eines Hundes im Sinne des § 8 Absatz 3 der Hundehalterverordnung hat außerhalb des befriedeten Besitztums das Negativzeugnis mitzuführen und auf Verlangen den zuständigen Behörden auszuhändigen.

Gemäß § 3 Absatz 1 der Hundehalterverordnung ist ein Hund, der als gefährlich gilt, auch außerhalb des befriedeten Besitztums ständig an einer höchstens zwei Meter langen und reißfesten Leine zu führen. Weiterhin ist gemäß § 3 Absatz 2 der Hundehalterverordnung einem Hund, der als gefährlich gilt, außerhalb des befriedeten Besitztums ein das Beißen verhindernder Maulkorb anzulegen.

Eine Verpflichtung zum Besuch einer Hundeschule besteht nicht.

Frage 12: Welchen zusätzlichen Auflagen unterliegt die Haltung von bereits auffällig gewordenen Listenhunden? Inwiefern bestehen diesbezüglich Unterschiede zum Umgang mit Vertretern nicht gelisteter Rassen?

zu Frage 12: Die Auflagen gelten für alle als gefährlich geltende Hunde.

Frage 13: Wie wird die Befriedigung tierschutzrelevanter Bedürfnisse der von der Rassenliste betroffenen Hunde wie beispielsweise das Spielen mit Artgenossen und der Freilauf unter den Auflagen der Haltung von Listenhunden möglich?

zu Frage 13: Tierschutzrelevante Bedürfnisse eines Hundes, deren Befriedigung durch den Hundehalter gewährleistet werden muss, sind in der Tierschutz-Hundeverordnung aufgeführt. Sie bestehen im Wesentlichen in einem ausreichenden Auslauf im Freien, einem ausreichenden Umgang mit einer Bezugsperson, einer geeigneten Ausgestaltung von Räumen oder Zwingern (wenn ein Hund darin untergebracht wird) und einer angemessenen Pflege und Fütterung. Weiterhin ist in § 2 der Tierschutz-Hundeverordnung ausgeführt, dass Auslauf und Sozialkontakte der Rasse, dem Alter und dem Gesundheitszustand des Hundes anzupassen sind. Das in der Frage aufgeführte Spielen mit Artgenossen oder ein Freilauf gehören nicht zu den tierschutzrechtlich explizit beschriebenen Haltungsanforderungen.

Unterstellt man, dass sich der Inhalt der Tierschutz-Hundeverordnung an den Bedürfnissen von Hunden ausrichtet, kann davon ausgegangen werden, dass die Hundehalterverordnung den tierschutzrelevanten Bedürfnissen von Hunden nicht entgegensteht.

Frage 14: Welche Verhaltensstörungen werden als Folge der Einschränkungen bei Listenhunden beobachtet? Ist eine Steigerung der Aggressivität durch mangelnden Auslauf und Kontakt zu Artgenossen denkbar?

zu Frage 14: Hierzu liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor.

Frage 15: Welche wissenschaftlichen Studien liegen der Landesregierung für die Einschätzung der Gefährlichkeit einzelner Rassen vor?

zu Frage 15: Wissenschaftliche Studien aus der Zeit vor der grundlegenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2004 (BVerfGE 110, 141) sind für die Einschätzung der Gefährlichkeit einzelner Rassen nicht relevant, da diese bereits in die Entscheidung des Gerichts einbezogen wurden. Als neuere ausführliche Studie liegt hier die Dissertation von Kathrin Roiner, Beißvorfälle unter Berücksichtigung der Hunderassen in Deutschland und Umfrage bei Hundebisspatienten in vier Berliner Kliniken, Berlin 2016, vor. Daneben liegen kürzere aktuellere Abhandlungen von Thiesen-Moussa, Hettwer und Hackbarth, Der Niedersächsische Wesenstest: Ergebnisse des Testens der Gefährlichkeit von Hunden, Berliner und Münchener Tierärztliche Wochenschrift 2018, und von Jannik Bach, Auf den Hund gekommen? - Das Berliner Hundegesetz, LKV 2019, 489, vor.